

PM zur Sitzung des Braunkohleausschuss der Stadt Erkelenz am 29.10.2019

Zu Sitzung der Braunkohleausschuss am 29.10.19 stellen BÜNDNIS 90/Die Grünen folgende Anfragen und Anträge:

Wie ist der Planungsstand zur Tagebaurandstraße, dritter Bauabschnitt zwischen K19 und L 254?

Wie ist der Planungsstand zum Ausbau des Wirtschaftsweges zwischen Keyenberg neu und Borschemich zum beleuchteten Fahrradweg?

Bei vielen Einwohnern in Kaulhausen herrscht große Sorge vor dem Bau des dritten Teilabschnittes der Tagebaurandstraße. Die Befürchtungen vor einem verstärkten Durchgangsverkehr, insbesondere bei der chaotischen Parktaschengestaltung auf der Straße in Kaulhausen, sowie vor der Zerstörung eines landwirtschaftlichen Anwesens für diese unnötige Tagebaurandstraße sind groß.

Den Einwohnern des Umsiedlungsstandortes Keyenberg, Kuckum, Westrich und Berverath neu wurde zugesagt, dass der Wirtschaftsweg zwischen Keyenberg neu und Borschemich zum Beginn der dunklen Jahreszeit zumindest provisorisch beleuchtet werden soll. Im Verlauf des Endausbaus des Umsiedlungsstandortes soll dieser Weg als Fahrradachse zwischen dem Baugebiet Nord und dem Umsiedlungsstandort als sicherer Schulweg dienen. Diese Maßnahme hatte der BZA Keyenberg/Venrath/Borschemich unter dem Vorsitz des Grünen Hans Josef Dederichs nach langem Ringen der Stadt Erkelenz und der Fa. RWE abgerungen. Derzeit müssen die Kinder des Umsiedlungsstandortes trotz schlechtem Zustand des Wirtschaftsweges im dunklen zur Schule fahren.

Weiterhin stellen die Grünen folgende Anträge zur Sitzung des BKA:

Die Planung der Grünanlagen des Umsiedlungsstandortes sollte hinsichtlich der Auswirkungen des Klimawandels gemeinsam mit den Einwohnern des Umsiedlungsstandortes besprochen und ggf. überarbeitet werden.

Die Vorfahrtsregelung am Helmut-Clever-Weg/St.-Martinusstraße sollte auf Grund der derzeit unübersichtlichen Straßenführung überarbeitet und ggf. geändert werden. B 90/Die Grünen haben hierzu den Vorschlag einer abknickenden Vorfahrtsregelung aus Richtung Mennekrath in Richtung Umsiedlungsstandort eingebracht

Wie in anderen Neubaugebieten auch soll der Straßenendausbau im Umsiedlungsstandort vorgezogen werden. Der derzeitige Straßenzustand ist auch für eine Baustraße außergewöhnlich schlecht und ist für einen mittelfristigen Zeitraum nicht hinnehmbar. Außerdem sind die Straßen auf Grund umherliegenden bzw. auch häufig verunreinigt, defekte Reifen der Handwerker, Lieferfahrzeuge und Einwohner sind keine Seltenheit. Dieser Zustand ist nicht hinnehmbar.

Für Umsiedler in den alten wie neuen Orten ist es schwierig, geeignete Ansprechpartner für Auskünfte oder Beschwerden hinsichtlich illegaler Müllablagerungen, verwilderter Grundstücke oder auch Ungezieferbefall zu erlangen. Immer wieder kommt es vor, dass in solchen Fällen die Stadt Erkelenz und RWE die Zuständigkeiten hin und her schieben. Daher soll es für die Umsiedler bei der Stadt Erkelenz einen Anlaufstelle geben, die diese Anliegen der Bürger bearbeitet und herausfindet, wer nun tatsächlich zuständig ist.

Da im nächsten Jahr die ersten Feste von Kuckum nach Kuckum neu verlegt werden sollen, fordern die Grünen die Gestaltung des Kuckumer Marktes nun zu beginnen. Immer mehr Menschen müssen ihren Lebensmittelpunkt an den neuen Standort verlegen, ohne das in Kuckum neu den geringsten Raum für Gemeinschaftsleben gibt. Mit der Gestaltung des Marktes kann ein Anlaufpunkt für die Bewohner des neuen Standortes geschaffen werden.

Für die Bewohner der Umsiedlungsorte, die aus verschiedensten Gründen bislang nicht an der Umsiedlung teilnehmen können, ist es wichtig, ein lebenswertes Umfeld zu behalten. Die Grünen beantragen daher, dass zwischen der Stadt Erkelenz und RWE vereinbart werden soll, dass in einem Umkreis von 100 um bewohnte Häuser keine Rückbau- oder Rodungsarbeiten ohne das Einverständnis der Umsiedler durchgeführt werden dürfen.

Auf Grund der für den Tagebau Garzweiler II veränderten Verkehrsströme kommt es in den Dörfern und in den Tagebaurandorten zu Veränderungen in der Verkehrsbelastung. Um hier verlässliche Daten zur Beurteilung der Verkehrssituation zu erlangen, beantragen Die Grünen eine Verkehrszählung unter besonderer Berücksichtigung des LKW Verkehrs auf verschiedenen Straßen in Holzweiler, Keyenberg, Kaulhausen und Venrath.

Diese Anträge und Anfragen sind nach einem Gespräch der Grünen mit Umsiedlern und Tagebaurandanwohnern entstanden. Diese Gespräche sind nach Meinung der Grünen notwendig geworden, da es keinen direkten Dialog zwischen Umsiedlern, der Stadt Erkelenz und der Fa. RWE gibt.

Die Kosten dieser o. g. Maßnahmen sollen nach dem Willen der Grünen der Fa. RWE als Verursacher in Rechnung gestellt werden, solange die Kosten nicht von der tagesbaubedingten Aufwandsentschädigung, die RWE der Stadt Erkelenz jährlich überweist, gedeckt werden.

Hans Josef Dederichs

Stellvertretender Fraktionssprecher